Über 84 Millionen Schriftsätze werden jährlich in Deutschlands Anwaltskanzleien versandt beziehungsweise empfangen. Das ist das Ergebnis zweier großer Online-Umfragen der BRAK, an denen insgesamt mehr als 7.000 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte teilgenommen haben. Ziel der Befragung war es, die Bedürfnisse der Anwaltschaft zu erfassen und diese bei der Entwicklung des neuen elektronischen Systems einzubeziehen.

ZWEI GROSSE ONLINE-BEFRAGUNGEN

Schon in wenigen Jahren wird die elektronische Kommunikation zwischen Gerichten und Rechtsanwälten Pflicht sein. Die Ergebnisse der Befragungen sollen daher sicherstellen, dass das besondere elektronische Anwaltspostfach ab 1. Januar 2016 technisch entsprechend ausgerüstet sein wird, um die Anforderungen der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte in Deutschland zu erfüllen.

GERICHTLICHER UND AUSSEGERICHTLICHER SCHRIFTVERKEHR
In der ersten Umfrage konnten die Rechtsanwälte Angaben zur Kommunikation während der täglichen Kanzleiarbeit machen. Von den 3.977 teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen ist der überwiegende Teil im Zivilrecht tätig (siehe Grafik).

Durchschnittlich kommen im Übrigen auf rund sieben Berufsträger etwa elf Kanzleimitarbeiter, was einem Schlüssel von 1:1,5 entspricht. In Kanzleien für öffentliches Recht liegt die Zahl der Mitarbeiter dabei leicht über der von Büros für zivilrechtliche Belange.


EINSPARPOTENZIALE BEIM PORTO
Die durchschnittlichen monatlichen Portokosten für Anwälte und Mandanten unterscheiden sich in den Kanzleien nicht unerheblich. Unabhängig
vom Rechtsgebiet belaufen sie sich jedoch mehrheitlich auf unter 500 Euro, bei knapp der Hälfte auf unter 100 Euro. Selten liegen sie im vierstelligen Bereich. Im Zivilrecht tätige Rechtsanwälte haben insgesamt höhere Ausgaben als ihre Kollegen im öffentlichen Recht. Auf das Jahr gerechnet, würden sich durch die elektronische Übermittlung damit signifikante Einsparpotenziale ergeben.

Rechtsanwälten arbeitet rund die Hälfte in einer Einzelkanzlei. Im Durchschnitt gehören auch hier jedem Büro rund sieben Anwälte an. Identisch zur ersten Umfrage ist auch das Verhältnis zwischen Rechtsanwälten und Mitarbeitern (1:1,5).


**KLARE TENDENZ ZU MEHR MOBILITÄT**


**ELEKTRONISCHE AKTENFÜHRUNG**

Wie alltäglich sind elektronische Akten in Deutschlands Kanzleien? Die Ergebnisse der Umfrage zei-
gen, dass der überwiegende Teil der Befragten diese bereits vollständig oder wenigstens teilweise nutzt. 43 Prozent der Sozietäten geben an, bislang keine elektronischen Akten angelegt zu haben. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die elektronische Bearbeitung mit Einführung des ERV weiter zunehmen wird. Die elektronische Aktenführung wird jedoch nicht Voraussetzung für die Teilnahme am ERV sein.

sonderen elektronischen Postfachs im Mittelpunkt stehen. Es ist daher geplant, die Benutzung des besonderen elektronischen Anwaltspostfaches soweit wie möglich unabhängig von technischen Bedingungen zu gestalten – Computer und Internetanschluss werden genügen.

SUMMA SUMMARUM
Auf das besondere elektronische Anwaltspostfach kommen hohe Anforderungen zu. Mehrere Hunderttausend elektronische Dokumente täglich erfordern entsprechende Vorkehrungen, besonders in Spitzeneiten.

In den Sozietäten zeichnet sich bereits eine eindeutige Tendenz zu elektronischer Kommunikation ab: Zwei Drittel der befragten Anwälte sind zumindest teilweise mit elektronischer Aktenführung vertraut und auch die berufliche Nutzung mobiler Endgeräte nimmt beständig zu. Für die BRAK gilt: Die Interessen der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte sowie deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden bei der Entwicklung des be

BROWSEN, DOWNLOADEN, SCANNEN – KANZLEIEN IN DER PRAXIS
70 Prozent der Kanzleien sind per ADSL mit dem Internet verbunden, 15 Prozent verwenden einen ISDN-Anschluss. Nur zwei Prozent verfügen über geschäftskundenoptimierte synchrone ADSL-Anschlüsse.

Mit durchschnittlich 24,6 MBit/s wird allgemein eine gute Downloadgeschwindigkeit erreicht. Allerdings haben mehr als 42 Prozent der Kanzleien bisher noch eine Uploadgeschwindigkeit von unter 1 MBit/s.

Der am häufigsten genutzte Browser ist Firefox (ca. 40 Prozent), knapp vor dem Internet Explorer (38 Prozent) und Chrome (11 Prozent). Zum Vergleich: Bundesweit hat Chrome den Explorer bereits überholt (23,5 zu 23,2 Prozent).

0,4 Prozent der Anwälte geben an, spezielle Hardware für Menschen mit besonderen Bedürfnissen zu nutzen. 1,4 Prozent nutzen entsprechende Software.

Fünf von 3.259 Kanzleien verfügen über keinen Internetzugang.

Um IT-Belange kümmern sich die meisten Kanzleien selbst. Knapp ein Drittel nimmt IT-Dienstleister in Anspruch.